



HEMMER / WÜST / D'ALQUEN

SCHADENSERSATZRECHT III

Das Prüfungswissen

- für Studium
- und Examen

15. Auflage

KLAUSURTYPISCH



ANWENDUNGSORIENTIERT



UMFASSEND

E-BOOK SKRIPT SCHADENSERSATZRECHT III

Autoren: Hemmer/Wüst

15. Auflage 2025

ISBN: 978-3-96838-336-1

INHALTSVERZEICHNIS

E-BOOK SKRIPT SCHADENSERSATZRECHT III

§ 1 EINLEITUNG

A. Ansprüche auf Schadensersatz

B. Regelungsgegenstand des Schadensrechts

I. Haftungsbegründung und Haftungsausfüllung

II. Bedeutung des Schadensrechts

C. Anwendungsbereich der §§ 249 ff. BGB

I. Einheitliche Anwendung auf alle Schadensersatzansprüche

II. Abweichungen von der einheitlichen Anwendung

D. Grundgedanken der gesetzlichen Regelung

E. Schadensrechtliche Probleme in der Klausur und Aufbau des Skripts

§ 2 HAFTUNGSBESCHRÄNKUNGEN

A. Gesetzliche Haftungshöchstsummen

B. Gesetzliche Beschränkung der Haftung

I. Haftung nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit

II. Haftung nur bei fehlender eigenüblicher Sorgfalt

C. Rechtsgeschäftliche Beschränkung der Haftung

I. Wirksamkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen

II. Vertragliche Haftungsbeschränkung zugunsten Dritter

§ 3 SCHADENSFESTSTELLUNG

A. Schadensbegriff

B. Differenzhypothese

C. Normativer Schaden

§ 4 SCHADENSZURECHNUNG

A. Voraussetzungen der Schadenszurechnung

B. Kausalität i.S.d. conditio-sine-qua-non-Theorie

I. Zurechnung nach der conditio-sine-qua-non-Formel

II. Ergänzung der conditio-sine-qua-non-Formel bei alternativer oder Doppelkausalität

III. Schadenszurechnung im Falle einer Unterlassung

1. Zurechnungsvoraussetzungen im Haftungstatbestand

2. Zurechnungsvoraussetzung i.R.d. haftungsausfüllenden Kausalität

C. Begrenzung der Zurechnung durch die Adäquanztheorie

- I. Bedeutung der adäquaten Kausalität
- II. Formel zur Umschreibung der Adäquanz
- III. Besonderheiten i.R.d. Adäquanz
 1. Vorsätzliche Schädigung
 2. Gefährdungshaftung
 3. Schadensanlagen
- IV. Ergänzung: Adäquanz bei haftungsbegründender Kausalität

D. Begrenzung der Zurechnung nach dem Schutzzweck der Norm

- I. Willensentschlüsse des Verletzten oder Dritter („Herausforderungsfälle“)
- II. Verwirklichung des allgemeinen Lebensrisikos
- III. Auf Handlungen des Verletzten oder Dritter beruhende Folgeschäden
 1. Schadensvergrößerung bei Beseitigung und Abwicklung des Schadens
 2. Schadensvergrößerung außerhalb der Schadensbeseitigung

§ 5 ART, INHALT UND UMFANG DER ERSATZPFLICHT NACH DEN §§ 249 - 253 BGB

A. Systematik der §§ 249 ff. BGB

B. Schadensersatz durch Naturalherstellung, § 249 I BGB

- I. Inhalt der Naturalherstellung
- II. Vorrang der Naturalherstellung
- III. Ausschluss der Naturalherstellung
 1. Amtshaftung nach Art. 34 GG i.V.m. § 839 BGB
 2. Direktanspruch gegen Versicherer, §§ 3, 3a PflVG i.V.m. § 115 I S. 3 VVG
 3. Schadensersatz aus §§ 280 I, III 283 BGB
 4. Schadensersatz aus §§ 280 I, III, 281 BGB

C. Geldersatz bei Verletzung einer Person oder Beschädigung einer Sache, § 249 II S. 1 BGB

- I. Ersatz nach § 249 II S. 1 BGB bei immateriellen Schäden
- II. Verwendung und Bemessung des nach § 249 II S. 1 BGB geschuldeten Geldbetrages bei Sachschäden
 1. Verwendung
 2. Bemessung
- III. Verwendung und Bemessung des nach § 249 II S. 1 BGB geschuldeten Geldbetrages bei Personenschäden
- IV. Umfang und Grenzen des Anspruchs aus § 249 II S. 1 BGB bei Sachschäden
 1. Unmöglichkeit der Herstellung, § 251 I BGB
 2. Ersatz weiterer Schäden nach § 249 II S. 1 BGB
 - a) Kosten für die Miete einer Ersatzsache
 - b) Kosten der Rechtsverfolgung
 - c) Schadensberechnung auf Neuwagenbasis
 3. Grenze der Erforderlichkeit gem. § 249 II S. 1 BGB
- V. Umfang des Anspruchs aus § 249 II S. 1 BGB bei Personenschäden

D. Ersatz durch Schadenskompensation, §§ 251, 252, 253 BGB

I. Bedeutung des Begriffs Vermögensschaden

II. Ermittlung des Vermögensschadens

1. Differenzhypothese

2. Ausnahmen von der Differenzhypothese

- a) Ersatz für entgangene Gebrauchsvorteile
- b) Ersatz für den Verlust von Freizeit
- c) Ersatz für den Verlust von Urlaubstagen
- d) Ersatz für entgangene Genussmöglichkeiten
- e) Ersatz bei Verletzung eines haushaltsführenden Familienmitglieds
- f) Ersatz für den Verlust der Arbeitskraft oder der Erwerbsfähigkeit

III. Vermögensschaden: Entwertungsschaden (merkantiler Minderwert)

IV. Vermögensschaden: Belastung mit einer Verbindlichkeit

1. Belastung mit einer Verbindlichkeit als Vermögensschaden
2. Sonderfall: Belastung mit einer Unterhaltsverpflichtung

V. Ersatz des entgangenen Gewinns, § 252 BGB

VI. Ersatz bei der Verletzung fremder Ausschließlichkeitsrechte

VII. Auskunftsanspruch zur Durchsetzung eines Schadensersatzanspruchs

§ 6 POSITIVES UND NEGATIVES INTERESSE

A. Positives Interesse

B. Ersatz des negativen Interesses

§ 7 SCHADENSMINDERNDE FAKTOREN

A. Berücksichtigung hypothetischer Schadensursachen

B. Rechtmäßiges Alternativverhalten

C. Vorteilsausgleichung bzw. -anrechnung

I. Erbrechtlicher Erwerb

II. Freigebige Leistungen Dritter

III. Vom Geschädigten „erkaufte“ Vorteile

1. Leistungen einer *Schadensversicherung*
2. Leistungen aus einer *Personenversicherung*

IV. Überobligationsmäßige Anstrengungen des Geschädigten

V. Exkurs: Abzug neu für alt

VI. Werkvertragliche Lieferkette

§ 8 DRITTSCHADENSLIQUIDATION

A. Begriffsbestimmung

B. Voraussetzungen

C. Fallgruppen

I. Obligatorische Gefahrentlastung

II. Obhutsfälle

III. Mittelbare Stellvertretung

D. Maßstab des Schadensumfangs

§ 9 MITVERSCHULDEN

A. Besondere Vorschriften des StVG

I. § 9 StVG

II. § 17 II StVG

III. § 17 I StVG

B. Einwilligung, Haftungsausschluss, Handeln auf eigene Gefahr und mitwirkende Betriebsgefahr bei Gefälligkeitsfahrten

C. Mitverschulden und Zurechnungsfähigkeit

D. Zurechnung des Mitverschuldens Dritter

§ 10 BESCHRÄNKUNG DER ERSATZPFLICHT

Beschränkung der Ersatzpflicht nach den Regeln der „gestörten Gesamtschuld“

WIEDERHOLUNGSFRAGEN / RANDNUMMER

STICHWORTVERZEICHNIS

§ 1 EINLEITUNG

Häufig ist in Klausuren nach der Begründetheit eines Schadensersatzbegehrens gefragt. Es muss dann herausgefunden werden, ob der in Anspruch Genommene dem Anspruchsteller zum Ausgleich eines bestimmten Schadens verpflichtet ist.

1

A. Ansprüche auf Schadensersatz

Am Anfang der Ausarbeitung der Klausurlösung muss daher die Suche nach den einschlägigen Anspruchsgrundlagen stehen. Dabei sehen eine Vielzahl von Anspruchsgrundlagen eine Verpflichtung zum Schadensersatz vor: Schadensersatzansprüche können sich ergeben aus der Verletzung von (Vertrags-)pflichten innerhalb eines bestehenden Schuldverhältnisses (z.B. §§ 280 ff., 311a II BGB). Schadensersatz schuldet auch, wer eine unerlaubte Handlung begeht (§§ 823 ff. BGB). Ersatz hat zu leisten, wen für bestimmte Sachen und Gefahren eine Gefährdungshaftung trifft (z.B. § 7 StVG), ebenso wer besonderes Vertrauen in Anspruch nimmt (z.B. § 311 III BGB). Schließlich zieht auch die Verletzung sachen-, familien- oder erbrechtlicher Pflichten eine Haftung nach sich (z.B. im Sachenrecht: §§ 989 - 992 BGB, 1007 III S. 2 BGB; im Familienrecht: §§ 1298 f., 1435 S. 2 BGB; im Erbrecht: §§ 1980 I S. 2, 2023 - 2025, 2138 II BGB).¹

2

B. Regelungsgegenstand des Schadensrechts

I. Haftungsbegründung und Haftungsausfüllung

Haben Sie die für die Klausurlösung einschlägige *Anspruchsgrundlage* gefunden, und sind deren Voraussetzungen erfüllt, so ist der in Anspruch Genommene grundsätzlich zum Schadensersatz verpflichtet. Fragen der Anspruchsvoraussetzungen (*Haftungsbegründung*) gehören jedoch nicht zum Schadensrecht. Gegenstand des Schadensrechts ist die Frage, ob und in welchem *Umfang* ein zu ersetzender Schaden besteht (*Haftungsausfüllung*) und in welchem Umfang er zu ersetzen ist: Demnach müssen Sie bei der Prüfung eines Schadensersatzbegehrens die Frage nach der Anspruchsgrundlage (*Haftungsbegründung*) und nach dem Umfang des Schadensersatzes (*Haftungsausfüllung*) sauber auseinanderhalten.

3

Bsp.: S fährt dem G an einer roten Ampel aus Unachtsamkeit auf dessen Pkw auf. G, der als Handelsvertreter auf die ständige Verfügbarkeit seines Pkws angewiesen ist, verlangt von S Schadensersatz.

Die Frage nach der Haftungsbegründung ist eine Frage nach den in Betracht kommenden Anspruchsgrundlagen. Dies sind im Fall § 823 I, II BGB i.V.m. § 1 StVO und §§ 7 I, 18 I StVG.

Damit ist jedoch noch nicht die Frage beantwortet, welchen Umfang die grundsätzlich bestehende Ersatzpflicht hat (Frage der Haftungsausfüllung). Dies könnten zum einen die Kosten eines Mietwagens sein, den G sich für die Zeit der Reparatur seines eigenen Wagens genommen hat, zum anderen aber auch ein Ersatz dafür, dass dem G infolge des Unfalls ein Geschäft entgangen ist, welches unter normalen Umständen zustande gekommen wäre (entgangener Gewinn, § 252 BGB).

Sobald es um solche Probleme des Schadensumfangs, also der Haftungsausfüllung, geht, sind die Regelungen der §§ 249 ff. BGB einschlägig.

II. Bedeutung des Schadensrechts

Die Ermittlung des Umfangs der Schadensersatzpflicht ist demnach kein Problem der richtigen Anspruchsgrundlage, sondern setzt das Bestehen einer solchen voraus. Folglich enthalten die §§ 249 ff. BGB keine Anspruchsgrundlage, sondern ergänzen die Normen, die Schadensersatzansprüche vorsehen. Das *Schadensrecht* behandelt die Probleme der *Rechtsfolgenseite* des Schadensersatzanspruchs. Die Falllösung muss hier darlegen, *ob* der erlittene Nachteil *ein zu ersetzender Schaden* ist. Sofern dies zu bejahen ist, schließt sich die Frage an, *wie*, d.h. in welcher Form Schadensersatz zu leisten ist. Es müssen also *Art, Inhalt und Umfang* der

1 Näher dazu Medicus, JuS 1986, 665 ff.

C. Anwendungsbereich der §§ 249 ff. BGB

I. Einheitliche Anwendung auf alle Schadensersatzansprüche

Auch wenn die §§ 249 ff. BGB Vorschriften innerhalb des BGB sind, erstreckt sich dennoch deren *Anwendungsbereich* auf alle Schadensersatzansprüche. Das Schadensrecht trifft somit auch für außerhalb des BGB normierte Ansprüche (z.B. §§ 1 ff. HPfIG, 7 ff. StVG, 18 StVG, 1 ProdHaftG, 1 f. UmweltHaftG) eine einheitliche Regelung.

hemmer-Methode: Deshalb bietet sich eine zusammenfassende Darstellung an. Aufgrund der Unterscheidung zwischen Haftungs begründung und Haftungsausfüllung stellt der Schadensumfang einen eigenständigen Problemkreis dar. Häufig werden Examensklausuren aus dem Schadensersatzrecht mit Problemen des Schadensumfangs „geschmückt“, um so auch die erforderliche Notendifferenzierung zu erreichen. Kenntnisse im Schadensrecht sind daher für den Examenskandidaten unerlässliches Rüstzeug.

II. Abweichungen von der einheitlichen Anwendung

Allerdings ist zu beachten, dass auch die haftungsbegründenden Normen selbst mitunter Bestimmungen über Art und Umfang der Ersatzleistung enthalten.

Für Personenschäden in Folge deliktischer Handlungen werden die §§ 249 ff. BGB durch die §§ 842 ff. BGB modifiziert.

Für die Gefährdungshaftung im Straßenverkehr greifen ergänzend die §§ 10 ff. StVG ein, entsprechende Regelungen finden sich in den §§ 7 ff. ProdHaftG und 12 ff. UmweltHaftG.

Schließlich bestimmt bisweilen bereits die Haftungsgrundlage Art und Umfang der Ersatzpflicht. Als Beispiele wären die §§ 122 I, 179 II BGB zu nennen, welche den zu ersetzenden Vertrauensschaden nach oben hin auf das Erfüllungsinteresse begrenzen; § 1007 III S. 2 BGB i.V.m. §§ 989 ff. BGB gewährt seinem Zweck nach nur das Besitzinteresse, also den Schaden, der aus dem Besitzverlust entsteht.³

D. Grundgedanken der gesetzlichen Regelung

Um ein besseres Verständnis der Regelung der §§ 249 ff. BGB zu gewinnen, muss man sich den Zweck der Schadensersatzpflicht vor Augen halten. Die *Grundgedanken des Schadensrechts* wurzeln im Prinzip der Naturalrestitution (*Naturalherstellung*; § 249 BGB).

Der Geschädigte ist somit durch die Ersatzleistung so zu stellen, wie er stünde, wenn das zum Schadensersatz verpflichtende Ereignis nicht eingetreten wäre, § 249 I BGB. Aus diesem Prinzip als Ausgangspunkt lassen sich die anderen Grundsätze des Schadensrechts allesamt ableiten.

2 Vgl. Honsell/Harrer, JuS 1985, 161.

3 Str., vgl. Grüneberg, § 1007, Rn. 14.

hemmer-Methode: Da § 249 I BGB Grundnorm des Schadensrechts ist, sollte dieser stets auch Ausgangspunkt Ihrer Überlegungen zum Schadensumfang sein. Begriffe wie „Erfüllungsinteresse“, „Vertrauensschaden“ u.Ä. sind regelmäßig nur Umschreibungen für den in § 249 I BGB normierten Grundgedanken.

Die Ersatzleistung soll die entstandenen Nachteile ausgleichen. Der Schädiger hat dabei *den gesamten Schaden* zu ersetzen (Prinzip der *Totalreparation*). Eine Begrenzung der Höhe nach entsprechend der Leistungsfähigkeit des Schädigers oder nach dem Grad seines Verschuldens gibt es grds. nicht.

Eine Ausnahme von diesem Prinzip kann sich im Bereich des sog. **innerbetrieblichen Schadensausgleichs**⁴ im Arbeitsrecht ergeben:

Danach kann z.B. die grds. gegebene Haftung eines Arbeitnehmers für die Beschädigung einer Sache des Arbeitgebers bei mittlerer Fahrlässigkeit auf einen bestimmten Prozentsatz beschränkt sein.

Ebenso sehen einige spezialgesetzliche Regelungen eine Begrenzung der Ersatzpflicht in Form von Haftungshöchstsummen vor.⁵

Gleichzeitig soll der Schadensersatz aber auch keine Besserstellung bewirken. Die Ersatzleistung darf über den Schadensausgleich hinaus nicht zu einer Bereicherung des Geschädigten führen.

7

hemmer-Methode: Ein typisches Beispiel für dieses schadensersatzrechtliche Bereicherungsverbot ist der Abzug „Neu für Alt“. Dieser erfolgt, wenn die beschädigte Sache bei der Reparatur eine Wertsteigerung erfährt.⁶

Schadensersatz ist grds. nicht als Sanktion für geschehenes Unrecht zu verstehen. Als Ausnahme ist die Genugtuungsfunktion beim Schmerzensgeldanspruch zu nennen. Auch bei Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts bekommt das Schadensrecht mitunter einen *pönalen Charakter*, indem mitunter eine Gewinnabschöpfung stattfindet. Dies deshalb, weil der Schädiger anderenfalls nicht hinreichend von weiteren Verletzungshandlungen abgehalten würde.

Teil des Ausgleichsgedankens ist der Rechtsfortsetzungsgedanke. Schadensersatz bezweckt in vielen Fällen, dem Verletzten einen Ausgleich gerade für den Verlust oder die Beeinträchtigung eines subjektiven Rechts (z.B. Eigentum) oder Rechtsguts (z.B. Gesundheit) zu geben.

In diesen Fällen setzt sich das verletzte Recht in dem Schadensersatzanspruch fort. Zum Ausdruck kommt dieser Gedanke z.B. dadurch, dass dem Geschädigten stets der objektive Wert des Rechtsguts als Mindestschaden zuerkannt wird.

E. Schadensrechtliche Probleme in der Klausur und Aufbau des Skripts

Allein mit der knappen Regelung der §§ 249 ff. BGB lässt sich der Umfang des Schadensersatzanspruchs angesichts der Vielzahl schadensersatzbegründender Fallkonstellationen oft nicht befriedigend ermitteln. Lehre und vor allem die Rechtsprechung waren und sind gezwungen, die gesetzliche Regelung zu konkretisieren, auch um für den Einzelfall eine angemessene Lösung zu finden.

8

Trotz des teilweise kasuistischen Charakters, den das Schadensrecht dadurch erlangt hat, liegt der Ermittlung des ersatzfähigen Schadens eine innere Logik zugrunde, die der Klausurbearbeiter bei der Ausarbeitung seiner Lösung zu beachten hat.

Das Skript behandelt daher die Probleme der Ersatzleistung der Reihenfolge nach, angelehnt an den Aufbau einer Fallbearbeitung. Beispielsweise stellt sich die Frage, ob eine bestimmte Schadensfolge dem Schädiger zugerechnet werden kann, vor der Frage, wie ggf. für diese Folge Ersatz zu leisten ist.

Daraus ergibt sich folgende Reihenfolge der Kapitel:

- 4 Ausführlich hierzu Hemmer/Wüst/Krick, Arbeitsrecht, Rn. 631 ff.
- 5 Siehe unten, Rn. 10.
- 6 Vgl. Grüneberg, vor § 249, Rn. 97; vgl. unten, Rn. 218 f.

Haftungsbeschränkungen (§ 2)

- Schadensfeststellung (§ 3)
- Schadenszurechnung (§ 4)
- Art, Inhalt und Umfang der Ersatzpflicht nach den §§ 249-253 BGB (§ 5)
- Ersatz des Nichterfüllungs- und Vertrauensschadens (§ 6)
- Schadensmindernde Faktoren (hypothetische Schadensursachen, rechtmäßiges Alternativverhalten und Vorteilsausgleichung) (§ 7)
- Drittschadensliquidation (§ 8)
- Mitverschulden (§ 9)
- Beschränkung der Ersatzpflicht nach den Regeln der „gestörten Gesamtschuld“ (§ 10)

§ 2 HAFTUNGSBESCHRÄNKUNGEN

Haftungsbeschränkungen kommen in zwei verschiedenen Formen vor: Zum einen kann die grundsätzlich gegebene Haftung des Schädigers durch sog. Haftungshöchstsummen beschränkt sein, d.h. dass die Voraussetzungen der Anspruchsnorm zwar sämtlich erfüllt sind, die Haftung dennoch der Höhe nach begrenzt bleibt.

10

Zum anderen kann eine Haftungsbeschränkung dergestalt bestehen, dass der Schädiger nur dann auf Schadensersatz haftet, wenn ihm auch ein entsprechend schweres Verschulden vorgeworfen werden kann. In diesen Fällen fehlt es dann mitunter schon an den Voraussetzungen der Anspruchsnorm.

hemmer-Methode: Entsprechend unterscheidet sich dann auch die Erörterung der jeweiligen Haftungsbeschränkungen. Während Haftungshöchstsummen ganz am Schluss der Klausurlösung zu erwähnen sind, müssen die auf das Verschulden bezogenen Haftungsbeschränkungen bereits bei den Anspruchsvoraussetzungen i.R.d. erforderlichen Verschuldens diskutiert werden.⁷ Haftungsbeschränkungen der letzteren Art gehören damit nicht zur Haftungsausfüllung, sondern zur Haftungsbegründung. Sie werden aber aufgrund der thematischen Verknüpfung mit dem Schadensrecht an dieser Stelle mitbehandelt.

A. Gesetzliche Haftungshöchstsummen

Bei einigen Gefährdungshaftungstatbeständen ist die Ersatzpflicht entgegen dem Prinzip der Totalreparation auf eine Höchstsumme begrenzt.

Beispiele sind:

- § 12 StVG
- § 10 ProdHaftG.
- § 15 UmweltHaftG

Diese Haftungshöchstsummen sollen für den in Anspruch Genommenen einen Ausgleich dafür bieten, dass seine Haftung auf einem verschuldensunabhängigen Gefährdungstatbestand beruht, um so für ihn das Haftungsrisiko berechenbarer zu gestalten.

11

Die Beschränkung gilt deshalb nicht zugleich auch für andere Anspruchsgrundlagen (z.B. aus Vertrag oder Delikt).⁸ Hier greift der Sinn und Zweck der Beschränkung nicht ein.

B. Gesetzliche Beschränkung der Haftung

Grundsätzlich greift eine verschuldensabhängige Haftung bei vorsätzlichem oder fahrlässigem Handeln des Schädigers ein, vgl. § 276 I S. 1 BGB.

12

7 Eine Besonderheit gilt hier wiederum beim innerbetrieblichen Schadensausgleich im Arbeitsrecht. Dieses Institut ist Ausfluss der Betriebsrisikolehre, so dass eine Kürzung des eigentlich gegebenen Anspruchs über § 254 BGB analog erfolgt. Auf Tatbestandsebene ist zum Schutz des Arbeitnehmers noch § 619a BGB zu beachten.

8 Vgl. z.B. Grüneberg, § 10 ProdHaftG, Rn. 1.